

Die Arbeiter haben nichts zu verlieren als
ihre Ketten, aber eine Welt zu gewinnen!

V. b. b.

Der Mahnruf

Kampfbblatt der Werktätigen

Der „Mahnruf“ erscheint wöchentlich. Redaktion und Verwaltung:
Graz, Altlobauergasse Nr. 20. Ezechianen: täglich von 17 bis
19 Uhr. — Wiener Redaktion: Wien, XVIII, Vincenzgasse Nr. 24.
Ezechianen: Jeden Mittwoch von 5—10 Uhr abends Caféhaus
Nimricher, IX., Bazarergasse 12. — Eingeladene Artikel müssen mit
Name und Adresse gefertigt sein.

Graz Wien
März 1929
Nr. 12 3. Jahrg.

Bezugspreis: Im Monatsabonnement mit Postzusendung wird
jede Nummer mit 12 Groschen berechnet, im Straßenerlauf mit
15 Groschen. Das Vierteljahrsabonnement mit Postzusendung beträgt
S 1.40. Vierteljährliche Bezugsgebühren für Deutschland Mk. 80.
Die Bezugspreise sind im vornherein zu entrichten. — Postfachkonto
Nr. 69371.

An das arbeitende Volk von Graz! Arbeiter, Arbeitslose, Invalide — Männer u. Frauen!

Am 21. April werdet Ihr zur Wahlurne gehen!
Die Parteien, die in trauter Gemeinschaft Graz ver-
walten, Sozialdemokraten, Christlichsoziale
und Großdeutsche — sie treten an Euch heran
und werben um Eure Stimme!

Was haben die bürgerlichen Parteien
in Graz für Euch geleistet?

Die bürgerlichen Parteien — die Christ-
lichsozialen und die Großdeutschen — sie sind
es, denen die jämmerliche Sozialpolitik der Ge-
meindeverwaltung noch zu „radikal“ ist. Sie sind es,
die emsig und mit Erfolg Steuererleichterungen
für die Reichen fordern, sie sind es, die die
Austplünderung der Gemeinde durch die An-
wärtler- und Seipelregierung betreiben. Die bür-
gerlichen Parteien, das sind die Vertreter der
Banken, der Industriellen, der Kaufleute und
Großhändler, die Lakaien der Aristokratie
und die Ministerranten des Merkantilismus! Sie
sind die Organisatoren des Heimwehfaschismus,
um Euch mit Waffengewalt in die Knie zu
zwingen, Euch, darbennde Arbeiter, hungernde Ar-
beitslose, verzweifelte Invalide und Pfändner!

Darum:

Nieder mit den Bourgeois-Parteien!
Nieder mit den Heimwehr-Parteien!
Nieder mit den reaktionären Kapi-
talistenknechten!

Was wir Euch über die bürgerlichen Parteien
sagen — Ihr wißt es allzu gut! Und darum habt
Ihr bei den letzten Wahlen in Eurer großen Mehr-
heit den Sozialdemokraten Eure Stimme ge-
geben, darum habt Ihr der sozialdemokratischen
Partei die Macht gegeben, Graz zu regieren. Haben
sie, die allmächtigen Führer der Sozialdemokratie,
Euer Vertrauen gerechtfertigt?

Warde Graz in den Händen der So-
zialdemokratie ein Volkwerk des ar-
beitenden Volkes?

Nein! Schmähtlich hat Euch die Sozialdemokratie
enttäuscht. So wie sie im Staate feige vor den An-
griffen der Seipelregierung kapituliert, den Wucher-
zinsen und Raubsteuern der Seipelregierung nur weh-
mütige Lamentos entgegenstellt, im Land aber offen
mit den reaktionären Parteien zusammenarbeitet —
Hinteln in den Sattel half, den Heimwehfaschismus
in die Betriebe einbringen läßt — so hat sich auch
in der Grazer Gemeinde die Sozialdemokratie zum
Vollzugsorgan der Wünsche und Forderungen
der Besitzenden entwickelt!

Das Steuersystem der Gemeinde Graz,
die Finanzpolitik Rückls wälzt alle Lasten
auf die Schultern des arbeitenden Volkes!

Die Verzehrungssteuer, die die Riesensumme
von fast 2 Millionen Schillingen abwirft, belastet
den Tisch der Armut wie die Tafel des Wuttes. Aber
während sie vom Tisch der Armut das Lebensnot-
wendige fürgt, belastet sie von der Tafel Wuttes
nicht einmal die herunterfallenden Brosamen. Diese
Verzehrungssteuer, von der übrigens die Hälfte
der zu ihrer Einhebung notwendige Apparat auf-
frisßt, ist eine elende, reaktionäre Massen-
steuer.

Weg mit der Verzehrungssteuer!

Ebenso räuberisch, ebenso schändlich ist der
Gemeindezuschlag zur Landesgebäudesteuer,
der nicht weniger wie 5.270.000 Schillinge abwirft.
Rückl war dafür, daß er von den Ärmsten ebenso
wie von den Reichen eingehoben wird. Für den Ar-
beiter und gar den Arbeitslosen aber sind 3, 4, 5,
6, 8 oder gar 10 Schillinge im Monat ein Ver-
zicht auf ein Stück Brot, für den Reichen
fallen die 20 oder mehr Schillinge, die er zu zahlen
hat, nicht ins Gewicht.

Weg mit dieser Steuer von den Arbeiter-
wohnungen!

Beweisen diese Steuern den reaktionären Cha-
rakter der Finanzpolitik der Sozialdemokratie, so
erhebt ihre Sozialpolitik noch deutlicher den bürger-
lichen Charakter der Grazer Gemeindeverwaltung.

Was tut die Sozialdemokratie für
die Arbeitslosen?

Hart und kalt stehen die Salonsozialisten in
der Gemeinde dem Elend der Arbeitslosen gegen-
über; für die 7000 Arbeitslosen bewilligt die Gemeinde
nur 110.000 Schillinge im Jahr, während sie für
Bürgermeister, Bezirksbürgermeister und Stadträte allein
schon 103.000 Schilling im Jahr ausgibt.

Wie hilft sie den Wohnungslosen?

Anstatt den Reinertrag des Gemeindezuschlages
zur Landesgebäudesteuer — und zwar nur eines
solchen für die Wohnungen der Reichen! — zum
Bau von Wohnungen zu verwenden, Woh-
nungen den Wohnungslosen, Arbeit den Arbeitslosen
zu verschaffen, mindestens 800 Wohnungen im Jahr
für die 4000 Wohnungslosen zu bauen, hebt die
sozialdem. Gemeinde die Untermieterabgabe
ein, die natürlich auf den Untermietern, den Bett-
gebern überwälzt wird.

Weg mit der Untermieterabgabe!

Der Bau von 200 Wohnungen jährlich, wie es
die Gemeinde vorsteht, ist viel, viel zu wenig.

Laßt die Alten Betteln gehen, wenn
sie hungrig sind!

Das ist scheinbar unausgesprochen der Stand-
punkt unserer Gemeindefunktionalisten, denn mit einer
Pfründe von 9 bis höchstens 13 Schillingen im
Monat kann kein Pfränder leben.

Wie sie sich das Wohlgefallen der
Reichen erwerben,

unsere Mutschisch, Rückl und ihresgleichen, das be-
greift man sofort, wenn man sieht, daß dieselbe
„arme“ Gemeinde, die für die Arbeitslosen nur
110.000, für die Pfränder nur 480.000 Schillinge
auswirft,

für die Oper 400.000, für luxuriöse
Gartenpflege 288.000, für Pfaffen
15.000, für Kasernen 35.000 Schil.

zur Verfügung stellt. Auf der anderen Seite aber
hat man den arbeitslosen Unternehmern im Jahre
1927 den Mieterbeitrag um zwei Schillinge gekürzt.

Für Luxussteuern, die die Besitz-
den wirklich belasten,

war die Finanzpolitik Rückls nicht zu haben.

Der aufgeblähte Merkantilismus in
der Gemeinde

mit seinen kostspieligen 21 Juristen (Monatsgehalt
750 Schilling!) und zahlreichen, glänzend bezahlten
hohen Beamten ist eine der widerwärtigsten Seiten
der sozialdem. bürgerlichen Gemeindeverwaltung.

Wie ist es möglich geworden, daß die ehe-
malige Arbeiterpartei eine solche antiprole-
tariatsche Politik macht, wie unsere Sozial-
demokraten auf der ganzen Linie?

Das ist die Frage, die sich heute jeder denkende,
Klassenbewusste Arbeiter stellt. Denn er sieht, daß
die S. D. selbst dort, wo sie reflexlos die Macht dazu
hat, wie in Wien, keine Hilfe den darbennden Ar-
beitslosen, dafür aber Steuerermäßigungen den Ho-
tells, den Cafetiers und Restaurateuren gewährt; er
sieht mit Enttäuschung, und in Wien den Kapitalisten
50prozentige Strompreisermäßigung gegeben wird,
während Arbeitslosen und selbst Ausgesteuerten Gas
und Strom bei 25 Grad Kälte erbarmungslos ge-
sperrt wird, wenn sie nicht den vollen Gas- und
Strompreis zahlen.

Und wenn Ihr all das seht, die Gemeinde-
politik der Mutschisch und Rückl, die Gewerkschafts-
politik der Mahner und Konsorten, die Hintelen-
politik der Eisler und Genossen, dann denkt und
wißt, daß diese Sozialdemokratie um jeden Preis
bürgerliche Schichten zu gewinnen sucht und deswegen

den Besitzenden die größten Zugeständnisse macht; dann müßt Ihr Euch auch reflex darüber klar sein, daß die Sozialdemokratie längst keine Arbeiterpartei mehr ist, längst keine revolutionäre, sozialistische Partei, die sich auf die Massen stützt und ihre Interessen vertritt, sondern eine feige, schwankende, kleinbürgerliche Volkspartei. Wie wird Euch diese Partei ein besseres Dasein erkämpfen, nie wird sie Euch zum Sozialismus, in die Befreiung führen.

Wenn Ihr Euch aus dem namenlosen Glied — Pinrin wachsen in den Sozialismus haben es die Sozialdemokraten 1918 genannt! — erheben wollt, dann müßt Ihr wieder, wie einst vor dem Kriege, den Weg des revolutionären Klassenkampfes beschreiten. Wir Kommunisten, die

Kommunistische Opposition

sagen Euch: Die wirkliche, dauernde Überwindung von Armut, Arbeitslosigkeit und Wohnungsknot ist im Rahmen der heutigen Gesellschaftsordnung unmöglich. Um für Euch und Eure Kinder eine bessere Zukunft zu erreichen, bedarf es des entschlossenen, außerparlamentarischen Massenkampfes, der Volksrevolution in Stadt und Land, unter proletarischer Führung, die das Privateigentum aufhebt, den bürgerlichen Staat zertrümmert und einleitet die sozialistische Gesellschaftsordnung mit der politischen Machtergreifung durch das Proletariat. Wenn an Stelle des bürgerlichen Parlaments die Arbeiterdemokratie verwirklicht wird in der Form der Räte, dann erst wird die arbeitende Menschheit beginnen, selbsttätig ihr Schicksal in die Hand zu nehmen, sich selbst zu verwalten.

Das ist das Ziel, das Ihr bei Eurem Kampf um ein größeres Stückerl Brot nie vergessen dürft!

Und diesen Kampf zu organisieren, heute aber für ein größeres Stückerl Brot, für eine höhere Unterstüßung der Arbeitslosen, gegen die reaktionäre Politik der bürgerlichen Klasse und gegen die anti-proletarische Haltung der S. P. zu kämpfen, das vermag nur der revolutionäre Kommunismus, die Gruppe „Kommunistische Opposition“, die einzige Vertretung des internationalen Kommunismus in Österreich, nachdem die Komm. Partei zu einer einflusslosen Sekte, zu einem willentlosen Werkzeug Stalins heruntergesunken ist.

Wählt die Kommun. Opposition!

Denn nur sie ist es, die offen und rücksichtslos im Gemeindeparlament Eure Wünsche, Eure Interessen vertritt, denn nur die revolutionären, linken Kommunisten haben Euch bewiesen, daß sie wirkliche Klassenkämpfer sind, daß sie weder zu brechen, noch einzujuchzeln, noch aber zu korrumpieren sind.

Wählt die Kommunistische Opposition!

Die Kandidaten der Kommunistischen Opposition:

- | | | |
|---------------------------------|----------------------------|--------------------------------|
| Wagner Albert, Schlosser. | M...hold Ernst Müller. | Konrad Anton, Kellner. |
| Pineil Albert, Angestellter. | Rezer Karl, Schiefer. | Pendl Franz, Bauarbeiter. |
| Roch Anton, Schlosser. | Prach Hubert, Spengler. | Traumwaller Agnes, Arbeiterin. |
| Friedl Wilhelm, Met. Schweißer. | Leut Anton, Schieferdecker | Fahrer Georg, Metallgießer. |

Wenn wir Euch aufrufen, Eure Stimme keiner bürgerlichen Partei, also auch nicht der kleinbürgerlichen Sozialdemokratie, zu geben, wenn wir Euch zurufen:

Wählt die Kommun. Opposition!

so sagen wir Euch damit nicht, daß die Forderungen, für die es zu kämpfen gilt, ohne Eurer Zutun von linkskommunistischen Gemeinderäten erfüllt werden können.

Nur der anhaltende, außerparlamentarische Massendruck wird die Gemeinde zur Erfüllung der Arbeiterforderungen zwingen.

Wählt die Kommun. Opposition!

die Euch in diesem unvermeidlichen Kampf zur Seite steht, wählt revolutionäre Arbeiter und Arbeitslose, Männer aus Eurer Mitte, Proleten, die Euer Leben führen und Euer Schicksal teilen. Nehmt mit uns den Kampf auf:

Gegen Arbeits- und Wohnungslosigkeit — jährlicher Bau von mindestens 800 Wohnungen! Bau von Ledigenheimen!

Großzügige Kohlen-, Lebensmittel- und geldliche Unterstützung den Arbeitslosen und Ausgesteuerten durch die Gemeinde!

Erhöhung der Armenunterstützung auf das 3fache des gegenwärtigen Standes!

Wegfall des Gemeindebezugschlages zur Landesgebäudesteuer für Wohnungen mit einem Friedenszins bis zu 30 Kronen monatlich!

Weg mit der Unterletesabgabe!

Sänglingswäse unentgeltlich an alle proletarischen Mütter!

Kinderfreimilch für Arbeitslosenkinder bis zum 3. Lebensjahr!

Diese Forderungen sind wahrhaft proletarische Mindestforderungen, die sofort durchgeführt werden müssen. Aber diese Notstandsforderungen hinaus muß der Kampf mit aller Kraft aufgenommen werden.

Für die Kommunalisierung der Versorgung mit lebenswichtigen Nahrungsmitteln (Brot, Milch, Fleisch, Kartoffeln usw.)!

Schärfster Kampf gegen den Raub an der Gemeinde durch Staat und Land!

Weg mit der städtischen Verbrauchsabgabe und Verzehrungssteuer!

Gratisabgabe von Gas und Strom an Arbeitslose und Ausgesteuerte in begrenzter Menge, Staffellung der Gas- und Strompreise auf Grund der Einkommensteuer!

Kommunalisierung der Autos zu Gunsten der Invaliden!

Angehts dieser wahrhaft proletarischen Forderungen werden Euch die sozialdem. Führer sagen: **Woher soll das Geld genommen werden?**

Das Geld ist vorhanden. **Schärfste Besteuerungen** sind erforderlich.

Progressive Wohnbausteuer für alle großen Wohnungen der Besitzenden!

Progressive Hauspersonalabgabe nach der Zahl der Hausbediensteten!

Schärfste Ersparungsmassnahmen im Verwaltungsbudget der Gemeinde, insbesondere bei den hohen Gehältern und Funktionärgehaltern!

Keinen Groschen für die Pfaffen und keinen Heller für das Militär!

Ungezügelter Besteuerung aller Luxusausgaben und Unternehmungen der Reichen!

Reduzierung aller Luxusausgaben um ein Vielfaches!

Alle, die Ihr ausgebeutet seid, die Ihr hungert und darbt:

Wählt die revolutionären Kommunisten, wählt die „Kommunistische Opposition“!

Blickt hinter Euch! Durchdenkt den bitteren Leidensweg, den wir seit 1918 gehen, denkt daran, was Euch die sozialdem. Führer versprochen; unser Glied, unsere Not, der schamlose Liebermut der Bourgeoisie, die drohenden Furchen des Heimwehrfaschismus — das ist das gelobte Land der bürgerlichen Demokratie, in das uns die Salonsozialisten, die Kleinbürger, die Führer der S. P. und der Gewerkschaften getrieben haben.

Blickt nach vorwärts: Seht wie die Kriegshölle von Neuem in Europa ihr Haupt erhebt, seht wie in allen Ländern das Proletariat unterjocht wird, seht den Liebermut der herrschenden Klassen, die Peitsche der Nationalisierung, die Bonjette des Faschismus, die Krummschäbe des Reichsfaschismus!

Indem Ihr den Kampf für Eure Tagesforderungen in der Gemeinde aufnehmt, indem Ihr die Gruppe der „Kommunistischen Opposition“, die österreichischen Trotskyisten, wählt, demonstriert Ihr:

Gegen die Bourgeoisie und ihren Staat!

Gegen Faschismus und Kriegsgefahr!

Für die proletarische Weltrevolution, für die Herrschaft der Arbeiterklasse, die Diktatur des Proletariats!

Für die russische Revolution und ihre heldenhaften Vorkämpfer, die Gefährten Lenins und Trotskys!

Für den Sieg des Kommunismus!

Die Bezirksorganisation Graz der Kommunist. Opposition Österreichs (Sind Kommunisten).

Warnsignal: Donawitz.

Die Betriebsratswahlen in Donawitz am 9. März werfen ein helles Licht auf die wirkliche Lage in Österreich. Es gelang — selbstverständlich mit Hilfe des schärfsten Terrors der Alpine-Direktion — dem Heimwehrfaschismus von den 20 Mandaten die Hälfte zu erobern.

Aufschärfste müssen die Täuschungsversuche der Reformisten verurteilt werden, die nach dem Motto: „Lemberg noch in unserem Besitz“ schreiben. Die Mehrheit (der Stimmen nämlich) noch in un-

serem Besitz“. Die Gewerkschaftsführer „vergessen“ der Arbeiterschaft mitzuteilen, daß die Gewerkschaft trotz 15. Juli und Betriebsterror seit 1927 in einem ununterbrochenen Aufstieg war (1926 — 1064 Stimmen, 1927 — 1991 Stimmen, 1928 — 2404 Stimmen. Am 9. März 1929 erhielt die freie Gewerkschaft eine schwere Niederlage: sie erhielt nur mehr 1815 Stimmen.

SAMMELT RECHNET ZEICHNET Wahlfond RASCH AB

Unvergleichlich katastrophaler aber ist der Zusammenbruch der R. P. O. in Donawitz. Sie ist seit 1926 im ununterbrochenen Verfall. (1926 — 1129 Stimmen, 1927 — 706 Stimmen, 1928 — 227 Stimmen.) Am 9. März erhielt die R. P. nur mehr 96 Stimmen und verlor das letzte Mandat. Die neue Gewerkschaftslinie der R. P., die darauf verzichtete, innerhalb der Gewerkschaft einen solchen Druck zu organisieren, daß sie die Aufstellung revolutionärer Kandidaten auf der Seite der freien Gewerkschaften erzwingen hätte, hat weitgehend zu den furchtbaren Bankrott der R. P. in Donawitz beigetragen.

Genossen und Genossinnen stellt euch für die Wahl-Arbeit zur Verfügung!

Alle Nicht-Parteimitglieder, die bereit sind, und sei es auch nur für eine Stunde in der Woche, an der Wahlarbeit mitzuhelfen oder nun als Wahlzeugen oder zur Flugzettelverbreitung oder zur Stimmzettelverteilung oder zum Versammlungsaufzug.

Sollen jeden Montag um halb 8 Uhr abends in die

Verwaltung des „Mahnruf“, Alfabethinerz, 20, kommen. Die Parteimitglieder, die in Arbeit stehen, kommen ebenfalls jeden Montag dorthin. Die arbeitslosen Genossen und Genossinnen sollen sich womöglich jeden Tag, u. zw. ab 4 Uhr nachm. schon für Wahlarbeiten zur Verfügung stellen.

Zur Information!

Allmählich finden jetzt zirka 8 bis 10 kleine öffentliche Versammlungen in den Arbeiterbezirken von Graz statt, wo wir zu den Gemeinderatswahlen sprechen. Diese Versammlungen werden nur durch Einladungen, die in den Wohnhäusern verteilt werden, angekündigt. Wenn solche Einladungen nicht gezeichnet sind mit „Kommun. Opposition“, sind sie nicht von uns.

Die Angst vor der kommunistischen Opposition.

Polizei wird in die Gasthäuser, wo wir Wähler-versammlungen abhalten wollen, hingeschickt, die den Wirten sagt, bei den Versammlungen wird es zu Krawallen kommen, damit dieser dann das Lokal hergibt. So war es beim Salzburgerwirt im IV. Bezirk. Wenn der Wirt trotzdem das Lokal hergibt, wird ein großes Polizeiaufgebot rund um das Versammlungslokal aufgestellt, um einerseits den Anschein zu erwecken, daß die Versammlung verboten ist und andererseits, um die Simperlichen abzuhalten.

Achtung am Wahltag vor falschen kommunistischen Stimmzetteln! Der richtige Stimmzettel trägt die Bezeichnung: „Kommunistische Opposition“ (Linke Kommunisten).

Da Wählerversammlungen der Polizei nicht angemeldet werden müssen, und wir die kleinen Wählerversammlungen im „Mahnruf“ nicht ankündigen und auch nicht plakettieren, erfährt die Polizei meistens nicht, wo sie stattfinden. Oberkommissär Stürzer, besorgt trotzdem, wie man von diesen Versammlungen Kenntnis bekommen könnte, ersuchte uns mit der ehelichsten Stimme der Welt (ein Schauspielergenie ist an ihn verloren gegangen) bekanntzugeben, wo wir Versammlungen haben, damit — die Polizei sie „schützen“ kann! „Zu liebenswürdig!“ Danke!

Es hat zweifelsohne eine Aussprache der bürgerlichen Parteien — wir wollen nicht annehmen, daß die S. P. dabei war — mit der Polizeidirektion stattgefunden, damit unsere Versammlungen, da man sie offen nicht verbieten kann, auf diese Weise verhindert wurden. Warum die herrschende Clique zu diesen Mitteln greift, das wird jeder verstehen, der in unsere Wählerversammlungen kommt.

Wenn eine Arbeiterin ihr Recht verlangt!

Söderle ist Fabrikleiter der Reißstrohbefensfabrik, Graz, Moserhofgasse 54, und stammt aus dem Forstland. Er betreibt nicht nur die Ausbeutung noch Forstmethoden, sondern auch die Behandlung der Arbeiterinnen. Bei gesundheitsschädlicher, anstrengender Arbeit mit Schwefelsäure und dergleichen, zahlt

Die Grazer Industrielle Bezirkskommission von Tag zu Tag rücksichtsloser, besonders gegen die Frauen.

Einigemal hat die Regierung den Versuch unternommen, die Arbeitslosenunterstützung abzubauen. So wollte sie im Jahre 1925 Zehntausenden die Unterstützung nehmen. Es kam in allen Städten zu großen Demonstrationen. In Graz ritt damals die Polizei in der Mähringergasse in die Arbeitslosen hinein, wobei 30 Arbeitslose durch Säbelstiche verwundet und viele, darunter die Genossen Pfneiß, Wagner und Koch, verhaftet wurden. Die Regierung mußte ihren Plan zurückziehen. Dann kam sie im Jahre 1927 mit derselben Absicht wieder zum Vorschein. Die Sozialdemokratie rief damals noch die Arbeiter und Arbeitslosen zum Protest auf. Wieder mußte die Regierung ihre Absicht fallen lassen. Dies hat die Regierung veranlaßt, ihren Taktik dormalen so abzuändern, daß sie sich auf den Einzelabbau eingestellt hat. Die Handlanger bei dieser Methode sind die Industriellen Bezirkskommissionen. Immer hemmungsloser, immer häufiger wird dieser Einzelabbau vollzogen. Die Rücksichtslosigkeit, mit der besonders gegen die Frauen vorgegangen wird, kennt keine Grenzen.

Der Arbeitslose G. M., Gr. Nr. 64.520, die ein dreijähriges Kind ganz allein zu erhalten hat, wurde die Arbeitslosenunterstützung nach 20 Wochen eingestellt, weil ihre Eltern als Tagelöhner zusammen 30 Schilling in der Woche verdienen.

Einer Arbeitslosen in Andriß, Gr. Nr. 9949, wurde die Notstandshilfe eingestellt, weil ihr

Lebensgefährte als Besenbinder 6 bis 7 Schilling wöchentlich verdient.

Ebenso wurde der Arbeitslose, Gr. Nr. 43.949, Mutter von 3 kleinen Kindern, unter dem Vorwand, daß der Lebensgefährte verdient, die Notstandshilfe entzogen. Der Entzug wurde auch dann noch aufrecht erhalten, als der Beweis erbracht wurde, daß ein wirtschaftliches Zusammenleben mit dem Lebensgefährten nicht mehr besteht.

Sehr traurig ist der Fall der Arbeitslosen B. A., Gr. Nr. 52.291, die durch die Wohnungslosigkeit gezwungen war, in einer Schneiderwerkstätte in der Leonhardstraße Quartier zu nehmen. Sie kann dort nur schlafen, weshalb sie sich bei Tag öfters bei einem Bekannten in der Schillerstraße aufhält. Die Industrielle Bezirkskommission hat diesen zum Lebensgefährten befördert und der Arbeitslosen mit der Begründung, daß sie einen Lebensgefährten hat, der im Bezuge der Arbeitslosenunterstützung steht — die Notstandshilfe entzogen.

Es ereignen sich sogar Fälle, daß arbeitslos werdenden Frauen, wenn sie verheiratet sind, die Arbeitslosen-Unterstützung überhaupt nicht gegeben wird. Zu dieser Rücksichtslosigkeit, zu diesen brutalen Vorgehen treibt die Sozialregierung die Industriellen Bezirkskommissionen. Über die Rolle, die die S. P. dabei spielt, werden wir noch zu sprechen kommen.

Söderle für 48 Stunden Löhne von 6 bis 12 S. Verlangt jemand nach längerer Krankheit sein Krankengeld, so wird der Fortjaner noch brutal. Als die Arbeiterin E. B. ihr bezugsberechtigtes Entgelt forderte, kostete er sie bei der Brust und stieß sie gegen eine Mauer. Vorher hatte dieser gemeingefährliche Rohling ihr den Entgeltzettel entlockt und in die Tüte gesperrt. Statt des Entgeltes wurde sie

die mir versprochen wurde, rechnen können, sagte Herr Leisert: „Ich kann Sie wohl nirgends unterbringen, weil sie zu alt (30 Jahre) sind. Die Chefs wollen doch nur Mädchen mit achtzehn, neunzehn Jahren. Sie haben auch nicht die entsprechende Toilette.“

Dieser Herr Leisert hat zur richtigen Zeit sein Maul aufgetan. Die Christlichsozialen werden in ihrer Wahlpropaganda wieder mit heuchlerischen Augenaufschlag über die Stimmwerbtergebnisse lamentieren. Dann werden wir uns erinnern, daß der christlichsoziale Kandidat Leisert in seinem Parteibekanntmachungs-kreis nur Mädchen mit 18, 19 Jahren mit Söderle, die nie zu kurz, und Blusen, die nie zu tief ausgeschnitten sein können, vermitteln kann, damit die Unternehmerschweine für die Schundlöhne, die sie den Frauen bezahlen, noch obendrein „Liebe“ erpressen können.

nicht mehr. So steht es in der bürgerlich-demokratischen Republik aus.

Christlichsoziale Niedertracht.

Auf der Kandidatenliste der christlichsozialen Partei steht außer dem millionenreichen Straffella, den die Arbeiterschaft im Tramwaystreik kennengelernt hat und dem feisten Brigadepfaffen Almer auch ein gewisser Leisert. Über ihn berichtet uns eine arbeitslose kaufmännische Angestellte:

„Ich bekam einmal eine Einladung zu einer christlichsozialen Versammlung, und dort wurde ich mit dem Funktionär der christlichsozialen Partei, Leisert, bekannt. Er gab mir zu verstehen, daß er als einflussreicher Funktionär unter den christlichen Geschäftsleuten mir irgendwo eine Arbeit verschaffen könne. Bei dieser Gelegenheit legte er mir nahe, für ihn Gelegenheits-schreiberarbeiten und Beize zu machen. Ich willigte ein, im guten Glauben, daß mir der Herr dann als Gegenleistung eine Arbeit verschaffen wird. Acht Monate gingen dahin. Mit Gelegenheitsarbeiten war ich überhäuft. Eines Tages bekam ich 25 S. Dafür mußte ich eine Bestätigung auf 35 S. ausfüllen; mir wurde dabei erklärt, daß nun die Gelegenheitsarbeiten zu Ende seien und die 25 S. als Entschädigung für meine Arbeitsleistung gelten. Als ich mich erkundigte, ob ich mit einer Anstellung,

Zum Betteln gezwungen und dafür unter Hallage gestellt.

Im Jahre 1925 verlor O. Fischer beim Gutbesitzer Scherr in Peimichub bei Leibnitz bei der Arbeit an der Futtermaschine seine rechte Hand. Viele Monate mußte er in Spitälern verbringen und ist bis heute noch nicht geheilt. Seit m. Br. als 2 Jahren wird er mit einer Rente von 30 Schilling monatlich abgefesert. Davon muß der Schwermetallide an Mietzins 20 Schilling monatlich wegzahlen, so daß ihm nur 10 Groschen pro Tag zum vegetieren bleiben. Einmal vom Spital entlassen ohne einen Groschen Rente war er gezwungen zu Betteln, um nicht zu verhungern. Flugzettel hatten ihn die Klosgaugen eines Kunzschergen erfaßt und zur Anzeige gebracht. Am 28. März soll im Bezirksgericht die Verhandlung stattfinden. Während die Vorstände und Direktoren der Kranken- und Unfallversicherungskassen mit Millionengehältern sich versorgen und mästen, gibt man den Arbeitslosen eine handgemein niedrige Hungerrente. Wehren sich die Opfer der Ausbeuter gegen

Mittwoch, 20. März, halb 8 Uhr abends, Mitglieder-Versammlung beim „Braunen Löwen“, Idhofgasse. Alle Radfahrer sind eingeladen! Ref. Gen. Pfneiß !!!

das Verhängen, so steht man sie hinter Richter-
mauern. Das ist die Ordnung, die nicht gestört
werden darf.

Wie kam der Goldjübel Striemer in Boitberg lang.

Für den 3. März war die Bevölkerung von
Boitberg aufgefordert worden, Fahnen auszubringen
wegen des Jahresschwindlers, die eine Versamm-
lung mit Umzug abhielten. Es schaute aber sehr mies
aus. Den wenigen Geschäftsleuten, die ausgehängt
hatten, muß es retournegahlt werden, indem bei
ihnen nichts mehr eingelaufen wird. Der Heimwehr-
führer Advoikat Striemer war im Schafspelz ge-
kommen. Er behauptete wie immer, daß die Heimwehr-
führer nicht gegen die Arbeiter seien. Als er's
Maul weiter aufriß, kamen die stehenden Volks-
zähne zum Vorschein: „Die sozialen Lasten hätten
die Konkurrenzfähigkeit der Industrie und des Ge-
werbes vernichtet“, also was wir stets sagen, wurde
wieder bestätigt. Die Heimwehrführer sind gegen
das Urlaubsgeld, gegen das Entgelt, gegen den Acht-
stundentag, gegen die Arbeitslosenunterstützung usw.
Für Befestigung ihrer Arbeiterfreundlichkeit wurden
zwei Arbeitslose von einem Auel Heimwehrführer
aus dem Saal geworfen. Der eine weil er Pfui rief,
der andere weil er sagte: „Wie reimt sich das, die
Heimwehrführer sagen sie sind für die Arbeiter und
die Heimwehrunternehmer zahlen Schundlöhne.“

(Boitberger Arbeiter-Korrespondent)

Humoristisches.

Jugend.

Sagt der Papa zum Frischgen: „Wenn Du
weiter so brav bist, bringst Dir der Osterhase wieder
etwas Schönes!“

Sagt das Frischgen zum Papa: „Wenn Du
schon einmal aufhören würdest mit diesen Märchen.
Du bist der Weihnachtswann, Du bist der Oster-
hase — und ich habe Dich sogar in Verdacht, daß
Du auch der Storch bist, der mein Bräutigam ge-
bracht hat.“
(„Zeuchtralet.“)

Verschiedenes.

Die **argentinische Konturrevolution** ist
niedergeschlagen. General Aguirre wurde erschossen.
Die wichtigsten Punkte sind wieder im Besitze der
Regierung.

Spanische Studenten demonstrieren in Ma-
drid und Barcelona gegen die faschistische Diktatur
Primo de Rivera, für die Republik. Polizei schoß
in die Demonstranten. Mehrere Studenten wurden
lebensgefährlich verletzt.

Die **Mahlerburger Marbrücke** wurde durch
einen gewaltigen Eisstoß niedergedrückt.

Das Arbeitslosenversicherungsgesetz.

I.

Um den Arbeitslosen und Betriebsarbeitern Einblick in
das Arbeitslosenversicherungsgesetz zu geben, bringen wir so wie
im Vorjahre die wichtigsten gesetzlichen Bestimmungen mit Er-
läuterungen. Da in einem Artikel nicht alles zusammengefaßt
werden kann, folgen Fortsetzungen, die unter anderem auch eine
Tabelle über die im Sommer herausgegebenen, neuen Unter-
stützungen enthalten wird. Wir raten die Artikel auszuscheiden
und anzulegen, denn man kann nie wissen, ob man sie nicht
einmal notwendig braucht.

1. Voraussetzung für den ersten Erhalt der
Unterstützung ist der Nachweis, daß der Unterstü-
tzungsberechtigter innerhalb der letzten zwei Jahre, vom Tage
der Anmeldung zurückgerechnet, 140 Arbeit-
tage nachweisen kann. Diese 140 Tage müssen ver-
sicherungspflichtige Arbeit gewesen sein, das heißt
der Dienstgeber, Unternehmer, mußte dafür die Bei-
träge für die Krankenkasse und Arbeitslosenversiche-
rung leisten.

2. Für welche Kategorien von Arbeitern und
Arbeiterinnen braucht keine Arbeitslosenversicherung
eingezahlt werden?

- a) für die Landarbeiter;
- b) für Hausgehilfinnen und Hausgehilfen;

Vom Hilfsarbeiterinnen-Schalter, vom Schalter
der gewerblichen Arbeiterinnen und auch von den
Angestellten, werden seit längerer Zeit Frauen dem
2er-Schalter, der Vermittlungsstelle für Hauspersonal
überstellt, und zwar mit der Begründung, die Be-
treffenden seien in ihren Berufen nicht mehr zu ver-
mitteln. Die Überstellungen erhalten durch diese Er-
klärung aber durchaus keine Rechtfertigung. Im Ge-
genteil, sie erscheinen direkt widersinnig, denn Hun-
derte Diensthöten, Bedienerinnen, Reiberrinnen fragen
täglich umsonst nach Arbeit. Wenn die nicht unter-
kommen, wie soll erst eine Frau, die zeitweilig
Schneiderin, Krankenpflegerin, Kellnerin, Verkäuferin
oder Kontoristin war, dort Arbeit erhalten. Die
Überstellungen sind aber trotzdem nicht unweidmässig.
Man braucht nur zu beobachten, was sich dort täg-
lich ereignet. Der Zweck der Überstellungen ist klar.
Einige konkrete Fälle der letzten Zeit sollen dies
veranschaulichen.

Die Arbeitslose G. R. war seit vielen Jahren
Wärterin in den verschiedensten Spitätern. Sie kommt
zum 2er-Schalter und will sie als Diensthöte
vermitteln. Sie wendet ein, daß das nicht ihr Beruf
ist. Die Schalterbeamtin nimmt einen Bescheid und
schreibt darauf: „Arbeitsverweigerung.“
Schiedskommission und J. B. R. entziehen ihr die
Unterstützung auf 8 Wochen.

Eine kaufmännische Angestellte, die zum 2er-
Schalter überstellt wurde, bekommt als Bedienerin
eine Arbeit zugewiesen. Am selben Tag hat sie auf

Bestialische Missetat. Ein Agent nahm in
Bien ein Mädel auf sein Zimmer und durchschnitt
ihre die Halsader. Er wollte an ihr einen Lustmord
verüben. Das Mädel wurde schwer verletzt ins
Spital gebracht.

Parade in Moskau. Ein Adjutant des
japanischen Marineattachés feierte mit einer Tänzerin
wilde Orgien. Als dies in die Öffentlichkeit drang,
schloß er sich vor dem Bild des japanischen Kaisers
den Bauch auf.

**Aus der Nationalsozialistischen Partei
Deutschlands** ist der Führer Fahner ausgetreten,
weil die Partei oft mit Mussolini paktiert.

Wahlfond-Ausweis Nr. 2.

Gesammelt wurden durch Gen. Holz (2. Rate)
S 5,60, Wagner Jr. (2. Rate) 55,50, Absenger
(2. Rate) 2,50, Bineißl (2. Rate) 2,—, Koch H.
(2. Rate) 3,60, Jilffartisch (2. Rate) 1,50, Prach
2,10, Rahapla (2. Rate) 2,60, Jber 5,—, Konrad
(2. Rate) 7,20, Jeller (2. Rate) 3,60, Soriupp 5,—,
Bahrer 44,—, Singer Johann (2. Rate) 4,50,

- c) für die Arbeitnehmer in ländlichen Gemeinden;
- d) ebenfalls von der Versicherungsspflicht aus-
geschlossen sind Arbeitnehmer, die gleichzeitig
bei mehreren Arbeitgebern beschäftigt sind.

Da für die genannten Kategorien keine Arbeits-
losenversicherung eingezahlt werden braucht, bekommen
die in diesen Berufen in Arbeit Gestandenen keine
Unterstützung im Falle der Arbeitslosigkeit, auch dann
nicht, wenn sie die 140 Arbeitstage oder noch mehr
innerhalb der letzten zwei Jahre nachweisen können.

3. Ausgenommen, die unter 2. angeführten Ka-
tegorien haben unmittelbar bevor sie nichtver-
sicherungspflichtige Arbeit angenommen haben, die
Unterstützung bezogen. In diesem Falle bekommt der
arbeitslos Gewordene im Anschluß an seine frühere
Karte die Unterstützung weiter.

Ein Beispiel soll das erläutern: Die Arbeitslose
M. M. ist im Bezug der Unterstützung. Es wird ihr
eines Tages ein Posten als Hausgehilfin zugewiesen,
sie bleibt 2 Jahre dort. Nach den 2 Jahren wird
sie arbeitslos, meldet sich wieder zum Bezug der
Arbeitslosenunterstützung und bekommt, trotzdem sie
die 140 Tage versicherungspflichtige Arbeit

ein Offert Nachricht bekommen, daß in einem Grazer
Geschäft vorzustellen. Sie sah' das der Beamtin
Bescheid: „Arbeitsverweigerung.“ Dar-
auf 8 Wochen Unterstühtungsentzug.

Eine Schneiderin, die zum 2er-Schalter über-
stellt wurde, wurde zu einer „Perschafft“ als Kinder-
mädchen vermittelt. Die „Gnädige“ sagte bei der
Vorstellung: „Sie müssen auch waschen und reiben,
können sie das?“ „Glaube schon“, antwortet die
Arbeitslose, „bis hier habe ich zwar als Schneiderin
gearbeitet.“ Dann kann ich sie nicht brauchen. Als
sie zum Schalter zurückkommt, sagt die Beamtin:
„Ich weiß schon, es wurde mir telephoniert, sie haben
die Arbeit verweigert. 8 Wochen Unter-
stühtungsentzug.“ Solche „Perschafften“ mit
Telephon, die programmäßig Arbeitsverweigerungen
konstruieren, hat der 2er-Schalter allem Anschein
einige auf Lager.

Der Zweck der scheinbar sinnlosen Überstellungen
ist jetzt klar. Die Industrielle Bezirkskommission hat
sich im 2er-Schalter einen Apparat geschaffen, um
möglichst vielen Frauen die Unterstützung einstellen
zu können. Die Beamtin dieses Schalters ist ein
kleines Rad im Uhrwerk, das von „oben“ in Bewe-
gung gesetzt wird. Ganz oben als Präsident der
Industriellen Bezirkskommission thront der Sozial-
demokrat Hans Muchitsch. Wie soll man das ver-
stehen? Vielleicht können wir in einer der nächsten
Nummern Aufklärung geben.

Regar 3.—, R. G. 8.—, Pendl (2. Rate) 1,40,
Manner 4.—. Summe des 1. Ausweises (Nachtrag)
S 136,90. Summe des 2. Ausweises S 159,10.

Viele Genossen und Genossinnen, die noch nicht
abgerechnet haben, werden dringendst ersucht abzu-
rechnen, damit Flugblätter, Versammlungsbücher und
was sonst noch zur Aufklärungsbearbeitung erforderlich ist,
bezahlt werden können. Außerdem kostet der Druck
der Stimmzettel eine enorme Summe.

Genossen und Genossinnen sammeln, **rechnest
sach!** ab. Dringend brauchen wir jeden Groschen!

Arbeitslose, die Arbeit bekommen

und bisher bei der Finanz den „Wahrun“ gekauft
haben, dürfen nicht vergessen bei der Anmeldung ihn
zu abmelden, indem sie Name und Adresse dem
Kolporteur übergeben.

Kinderloses Ehepaar sucht kleines Kabinett oder solides
Bettpflog. Anfragen sind zu richten an die Redaktion
des „Wahrnes“.

2 Weichholzbetten samt Einlage und Matratzen billig zu
vergeben. An erfragen bei der Redaktion.

Die Fortsetzung des Artikels „Die Gewerkschaften und der
„triebsfähigkeitsaus“ folgt wegen Platzmangel in nächster Num.

nicht nachweisen kann, weil ja für eine Hausgehilfin
keine Arbeitslosenversicherung bezahlt wird, die Unter-
stützung auf Grund ihrer Unterstützung vor 2 Jahren
weiter. Würde sie aber, bevor sie den Posten als
Hausgehilfin annahm, nicht im Bezug der Unter-
stützung gestanden, würde sie auch jetzt vergebens
auf die Unterstützung warten.

Die im Punkt 2. c. angeführte Kategorie hat
wieder Anspruch, wenn in einem Betrieb der länd-
lichen Gemeinde regelmäßig mehr als 5 Arbeitnehmer
beschäftigt sind, oder wenn die ländliche Gemeinde
ein Kurort, Sommerfrische oder Fremdenverkehrsort
ist. Manches erscheint im Gesetz unsinnig; für die
Regierungsmänner, die das Gesetz gemacht haben,
war das sowie vieles andere, was wir im Verlaufe
der Gesetzerläuterung noch kennenlernen werden, ein
mit vorbedacht ausgelegtes Netz, in das möglichst
viele hineingelegt werden sollen.

Um sich davor zu schützen, ist die Kenntnis des
Gesetzes notwendig. Es verfolge jeder in seinem
eigenen Interesse die weiteren Fortsetzungen.

(Fortsetzung folgt.)